

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint wochentlich nachmittags, 4 Uhr, Preis pro Monat 3 RM, frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM, sonst. Bestellungen Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Postboten, unsere Kundinnen u. Geschäftskunden können zu jeder Zeit Bestellungen einbringen. Am besten durch den Postboten oder durch den Briefkastenbesitzer. Die Zustellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Wilsdruffer Tagesblatt Nr. 273 — 94. Jahrgang — Trahtenschritt: „Tageblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Sonnabend, den 23. November 1935

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 273 — 94. Jahrgang — Trahtenschritt: „Tageblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Sonnabend, den 23. November 1935

Währungsorgen der anderen.

In einer seiner großen programmatischen Reden auf dem Nürnberger Parteitag erklärte der Führer, daß die Weltwirtschaft nur dann gesunden könne, wenn sie sich auf getragene starke Volkswirtschaft stützen könnte. Gestärkte Volkswirtschaften sind aber nur da möglich, wo die Innen- und Wirtschaftspolitik auf lange Sicht festgelegt werden kann, weil der Staat das Vertrauen des ganzen Volkes hat. Deutschland ist in diesem Sinne eine einzige glückliche Insel mit gesicherten Verhältnissen und ruhiger Ordnung. Daß man auch im Ausland die gesicherten inneren Verhältnisse Deutschlands mehr und mehr anzuerkennen beginnt, beweist einwandfrei die feste Bewertung unserer deutschen Mark an den internationalen Börsen.

Andererseits ist es in anderen Ländern aus. Nehmen wir beispielsweise das goldgelagerte Frankreich, das Jahre hindurch neben den Vereinigten Staaten die führende Finanzmacht der Welt gewesen ist. Frankreich hat heute wiederum ernsthafte Währungsorgen. In einem einzigen Tage zu Beginn dieser Woche hatte die Bank von Frankreich einen Goldverlust von 200 Millionen Franken. Novemal seit dem 15. November hat sie die Diskontschränke wieder anziehen und den Diskontsatz jedesmal um ein Prozent erhöhen müssen. Eine gewisse Unruhebewelle macht sich überall bemerkbar. Große Sorge bereitet weiterhin allgemein der mangelnde Staatshaushalt, zu dessen Fehlbetragsausgleich nun auch die Steuererhöhung erneut angezogen werden muß. Daneben beherrscht eine sogenannte Sanktionsphobie einen großen Teil des französischen Volkes. Die jährlichen Verluste, die sich aus der Unterbrechung des italienisch-französischen Warenverkehrs durch die Einführung der Sanktionen ergibt, werden auf eine Milliarde Franken geschätzt. Man fürchtet, daß ein Teil der Maschinen-, Auto- und Textilindustrien stillgelegt werden muß, wenn die Auswirkung der italienischen Kaufsanktionen erst voll spürbar geworden ist.

Um so verwunderlicher wirkt die Tatsache, daß sich die Sowjetunion mit ihrer Währung neuerdings an die französische Währung anhängen will. Nach einer Bestimmung des Rates der Volkskommissare soll ab 1. Januar 1936 der Wert des Sowjetrubels gleich drei französischen Franken sein. Man fragt sich, ob politische Bewegungen oder ausschließlich die Suche nach finanzieller Hilfe Rußlands bei Frankreich für diesen Schritt in der Währungspolitik maßgebend gewesen sind. Noch sind die letzten Gründe undurchsichtig, zumal die Sowjetunion sich seit einigen Wochen angestrengt bemüht, auch von England durch eine Anleihe finanziell gestützt zu werden. Nicht ohne Ironie ist es jedenfalls, daß in dem Augenblick die Sowjetunion ihre Währung um rund 70 Prozent entwertet und damit die Entwertung, die sie bisher stets abgelehnt hat, offen zugibt. Welche Entwicklung hat nun der Rubel in den letzten Jahren erlitten? „Offiziell“ war sein Wert auf 2,18 Mark festgesetzt, d. h. dieser Wert stand gebührend auf dem Papier, und wurde nur an russischen Binnenmärkten vertreten, denn an internationalen Börsen ist er seit Jahr und Tag nicht mehr notiert worden. Nach der für das kommende Jahr vorgesehenen Stabilisierung stellt der Rubel einen Wert von 50 Pfennig dar. Allerdings ergibt sich auch bei Grundbelegung dieses verringerten Wertes immer noch ein enorm hohes Preisniveau. Nach diesem Rubelsatz kostet in Moskau das Pfund Tafelbutter immer noch etwa 4,50 Mark, ein Pfund feines Weizenbrot 1,35 Mark, ein Pfund Zucker 1,12, ein Pfund Margarine 2,65 Mark.

Ein solches Aussehen erregt allgemein das Abgehen Chinas von der durch 2000 Jahre üblichen Silberwährung zur Papierwährung. Auch hier sind politische Gründe maßgebend. Mit dem Verlassen der Silberwährung, die infolge des stark gestiegenen Silberpreises nicht mehr zu halten war, ergibt sich die Frage, an welche Landeswährung China seine Währung angliedern wird, an England oder an Japan. Mit größtem Verdruss sehen die Japaner die englischen Angebote einer Finanzhilfe für China an, denn nichts kann ihrer Politik der Eroberung Chinas mehr zuwider laufen, als ein durch England gestütztes China. Auf der anderen Seite sind die Japaner im Augenblick infolge ihrer starken Kapitalanlagen in Mandschurien nicht in der Lage, China die erforderliche Finanzhilfe zu leisten. Der Kampf um China geht mithin weiter. Die großzügige Währungsreform, die jetzt in die Wege geleitet wurde und eine Abwertung der chinesischen Währung um etwa 40 Prozent mit sich bringt, wird freilich nicht so einfach durchzuführen sein. Jede Provinz und jede Stadt hat heute noch in China ihre besondere Bewertung für die umlaufenden Münzen in Kupfer, die sogenannten Kupferkasschen, und die Silbermünzen, die sogenannten Silberstücke. Diese Verschiedenartigkeit der Bewertung der chinesischen Münzen erklärt sich daraus, daß dort noch nach Art unserer mittelalterlichen Geldwirtschaft eine ausgedehnte Stadtwirtschaft besteht. Wenn jetzt der Versuch einer allgemeinen Währungsreform gemacht wird, so bedeutet das zunächst das Verschwinden dieser Form des Geldwesens aufzugeben, und wenigstens für die Haupthandelsstädte des Landes eine einheitliche Währungsreform einzuführen.

Die Aussprache Hitler—Boncet.

Erörterungen über die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung in London und Paris.

Die Unterredung, die in Berlin zwischen dem Führer und Reichkanzler, Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und dem französischen Botschafter François-Boncet stattgefunden hat, hat im Ausland Aufsehen erregt. Die Unterredung ist als ein neuer Beweis der deutschen Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft anzusehen. Sie ist wohl auch ein Beweis dafür, daß die Fühlungnahme zwischen beiden Völkern sich so weit entwickelt hat, daß man über Ziel und Gründe des politischen Handelns offen sprechen kann. Nachdem die territorialen Fragen zwischen Frankreich und Deutschland beseitigt sind, kommt der stimmungsmäßigen Annäherung der beiden Länder wachsende Bedeutung zu. Natürlich sind noch manche diplomatische Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Hände sind beiderseits ausgestreckt, um in den Bemühungen um eine wachsende Verständigung vorwärtzuzukommen.

Das „Klima der deutsch-französischen Beziehungen“ gebessert.

Es interessiert selbstverständlich in erster Linie, was in Paris zu der Entwicklung, die sich jetzt angebahnt hat, gesagt wird. Das halbamtliche französische Nachrichtenbüro „Havas“ spricht von einer „freundschaftlichen Atmosphäre und dem beiderseitigen guten Willen“. Gewiß könne man der Besprechung keine außergewöhnliche Bedeutung beimessen. Aber da François-Boncet bei seinem kürzlichen Besuch in Paris mit dem Leiter der französischen Politik, Laval, gründlich gesprochen habe, so

werde diese Aussprache dazu beitragen, eine günstigere Atmosphäre in den deutsch-französischen Beziehungen zu schaffen, die nicht dazu bestimmt seien, für alle Zeit feindlich bleiben zu müssen.

Der versöhnliche Geist, der die Unterredung zwischen Hitler und dem französischen Botschafter ausgezeichnet habe, werde dazu dienen, das „Klima der deutsch-französischen Beziehungen“ zu verbessern. Die Aussprache sei ganz gewiß kein schlechtes Vorzeichen. Es wird in der französischen Presse betont, daß die Anregung zu der Unterhaltung von Laval ausgegangen sei.

Paris sagt: Der erste Schritt.

Obwohl der innerpolitische Horizont Frankreichs von drohenden Wolken beschattet ist, befaßt sich die französische Öffentlichkeit ausgiebig mit der aufgetauchten Frage einer deutsch-französischen Verständigung. Die Aufnahme der Nachricht ist fast allgemein freundlich. Der dem französischen auswärtigen Amt nahestehernde „Petit Parisien“ stellt fest, daß die Aussprache Hitler—Boncet keineswegs einen der üblichen Besuche darstellt, die die Diplomaten gewohnheitsmäßig den fremden Staatsoberhäuptern abzustatten pflegen. Sie haben im Gegenteil das Kennzeichen eines wichtigen diplomatischen Meinungsaustausches getragen. Der rechtsstehende „Matin“ beurteilt die lange Unterredung als einen ersten Schritt zu unmittelbaren deutsch-französischen Besprechungen. Auch die Rechtszeitung „Jour“ beachtet den Geist der Entspannung, von dem die Unterhaltung erfüllt gewesen sei. Am Vorabend der Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes dürfte die Meinung Deutschlands zu dieser schwierigen Frage nicht unbeachtet bleiben. Das „Petit Journal“ will wissen, daß die Aussprache durch den günstigen Eindruck erleichtert worden sei, den die Verständigungspolitik Frankreichs im österrussischen Konflikt in Deutschland erzeugt habe.

London: Es war der Wunsch Laval's.

In der englischen Hauptstadt bemerkt man zu der Unterredung, daß man in Paris mit Befriedigung eine Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich bestätigt habe. Weitere Besprechungen dürften folgen. Man betont auch, daß die Unterredung zu greifbaren Ergebnissen noch nicht geführt habe. Hitler betrachte den Pakt Frankreichs mit Sowjetrußland nach wie vor als ein unüberwindliches Hindernis auf dem Wege zu besseren deutsch-französischen Beziehungen. Unter anderem sei die Unterredung der Auswirkung des italienisch-abessinischen Streits auf die internationale Lage gewidmet gewesen. „Daily Telegraph“ glaubt aus gut unterrichteten Kreisen zu wissen, daß die Besprechung auf den dringenden Wunsch Laval's jurisch-zuführen sei, direkte Besprechungen mit Deutschland zu

erzwingen. Deutschland seinerseits sei wegen der französischen Beziehungen zu Sowjetrußland und wegen der zu erwartenden Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes besorgt. Hierüber sei wahrscheinlich sehr ausführlich gesprochen worden.

„News Chronicle“ nennt die zweifelhafte Besprechung zwischen Hitler und dem französischen Botschafter den ersten Schritt zu einem neuen Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich und sagt, es verlautete, daß der Botschafter von Laval die Befehle erhalten habe, eine vorbehaltslose Anstrengung zur Beseitigung der französisch-deutschen Spannungen zu unternehmen. Es sei bekannt, daß die britische Diplomatie in Berlin und anderswo auf eine deutsch-französischen Annäherung hinarbeite. „Daily Herald“ und „Daily Mail“ erinnern daran, daß General Göring in zwei kürzlich gehaltenen Reden freundliche Wendungen gegenüber Frankreich gebraucht habe.

Rom sagt: Politik besserer Organisierung der europäischen Staatengemeinschaft.

Die Unterredung des Führers mit dem französischen Botschafter François-Boncet findet in der italienischen Öffentlichkeit allgemein lebhafteste Beachtung. In autoritativen politischen Kreisen der italienischen Hauptstadt wird dazu erklärt, die Regierung sehe mit Genugtuung die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Fühlung, die nur zu einer weiteren Entspannung der europäischen Lage beitragen könnte. Eine solche Entwicklung habe immer auf der Linie der italienischen Politik für eine bessere Organisierung der europäischen Staatengemeinschaft gelegen und könne daher von der italienischen Regierung nur begrüßt werden.

Kommunisten hegen gegen die Verständigung.

Unter dem Vorsitz von Professor Langevin fand in Paris eine Kundgebung gegen eine deutsch-französischen Annäherung statt. Laut „Deuxième“ sollen hierbei der Berichterstatter des Heeresanlasschusses der Kammer, der Abgeordnete Archimbaud, der kommunistische Abgeordnete Véri und der ehemalige marxistische Abgeordnete Grumbach gesprochen haben. Die „Humanité“ erklärt, die Versammlung sei vom „Thälmann-Ausschuß“ aufgebrochen worden. Langevin habe in seiner Rede das „friedliche Deutschland Thälmanns“ (1) dem nationalsozialistischen Deutschland gegenübergestellt, das den Krieg vorbereite (2). Grumbach habe sich gegen die „zweifelhaften Unterredungen“ gewandt, die gewisse Abgeordnete Laval mit der Reichsregierung gehabt hätten, und habe ferner gegen die Judenaggressivität in Deutschland Stellung genommen. Véri schließlich habe über die „Friedenspolitik Sowjetrußlands“ gesprochen und gegen das neue Deutschland einen „neuen Kreuzzug“ predigt, wenn er auch an die „verbrecherische Politik der Siegerstaaten“ erinnert habe, die dem deutschen Volke einen vernichtenden Vertrag aufzuzwingen hätten.

Der Abgeordnete Véri kennzeichnet die von ihm gepredigte „Friedenspolitik“ der Sowjets selbst am besten, wenn er im gleichen Atemzuge einen „Kreuzzug“ gegen Deutschland predigt. Daß die marxistischen „Friedensfreunde“ in dem Augenblick mit einer verstärkten Hege gegen eine deutsch-französischen Annäherung einsehen, wo Anzeichen einer Entspannung festgestellt werden, wird niemand überraschen. Und daß der Abgeordnete Archimbaud sich daran beteiligt, ist ebenfalls nicht verwunderlich. Seine guten Beziehungen zur Pariser Sowjetbotschaft sind bekannt, und seine Unbelehrbarkeit hat er erst kürzlich wieder bewiesen, als er in einem Kammerbericht ungeachtet des mehrfach vor aller Welt bekundeten Verständigungswillens Deutschlands für Deutschland kurzerhand die Bezeichnung „Frankreichs Gegner im Osten“ verwandte.

Englische und französische Antwort an Italien.

Der britische Außenminister Hoare hat dem italienischen Botschafter in London, Grandi, die britische Antwort auf die italienische Protestnote gegen die Sanktionen ausgetauscht.